

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



„ENGAGEMENT GEHÖRT EINFACH DAZU.“

Interview mit der Landesvorsitzenden Hannelore Kraft

Am 20. Januar 2007 wurdest Du zur Landesvorsitzenden gewählt.

Die Arbeit macht richtig Spaß und ich freue mich nach wie vor darüber an der Spitze der NRWSPD zu stehen. Ich fühle mich wohl in dieser Partei, weil ich die Menschen mag, die für diese Partei stehen und die in dieser Partei arbeiten.

Hat Dich das Amt der Landesvorsitzenden verändert?

Ich habe im vergangenen Jahr zahlreiche Parteiveranstaltungen vor Ort besucht. Ich habe zugehört, viel Wichtiges mitgenommen und eine Menge gelernt. Das hat meine politischen Positionen geschärft.

Du bist verheiratet und hast einen 15jährigen Sohn. Wie kommt die Familie mit Deinem enormen beruflichen Engagement zurecht?

Ohne die Unterstützung von meinem Mann, meinem Sohn und meiner Mutter ginge das nicht. Wir haben unser Leben entsprechend organisiert. Das funktioniert gut. In der wenigen Freizeit unternehmen wir viel gemeinsam, treffen Freunde, joggen oder kochen.

Du pflegst einen sehr engagierten Arbeits- und Führungsstil. Welche Erfahrungen hast Du damit in der Partei gemacht?

Gute! Wir müssen klar erkennbar für unsere Ziele eintreten. Wir brauchen eine Partei, die diskutiert, die entscheidet und die verantwortet. Ich will, dass wir eine selbstbewusste Partei sind, die stolz auf das ist, was sie für Nordrhein-Westfalen, im Bund und in Europa leistet. Und Engagement gehört einfach dazu. Sonst kann man die Menschen nicht begeistern.

Am 5. April findet der ordentliche Landesparteitag der NRWSPD statt. Welche Schwerpunkte wird er haben?

Neben der Neuwahl des Landesvorstandes wird die Kommunalpolitik im Mittelpunkt stehen. Wir haben dazu im Landesvorstand und mit vielen Genossinnen und Genossen vor Ort einen entsprechenden Leitartikel zur Kommunalpolitik erarbeitet. Unser politischer Erfolg, unsere Stärke als Volkspartei war und ist immer zuallererst in unserer Arbeit in den Kommunen vor Ort begründet. Die Politik von CDU und FDP des „Pri-

vat vor Staat“ und das Verlagern von immer mehr Aufgaben sowie rund drei Milliarden Euro an finanziellen Belastungen in die Kommunen schaden den Städten und Gemeinden. Uns ist es wichtig zu zeigen, dass wir in der Lage sind, auf die heutigen Fragen die richtigen Antworten zu geben. Und zwar mit dem Blickwinkel, der uns auszeichnet: Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, Toleranz und Demokratie sind unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik vor Ort.

Nach der Hessenwahl ist in der Partei viel über den Umgang mit der so genannten Links-Partei diskutiert worden. Wie ist deine Position dazu?

Erstens: Wir wollen bei den nächsten Wahlen stärkste Partei werden. Dazu gehört eine Politik, die den Menschen und nicht den Markt in den Mittelpunkt stellt. Bildung darf kein Privileg sein und Armut muss bekämpft werden.

Zweitens: Unser Ziel ist es, die Linkspartei in NRW unter fünf Prozent zu halten; so bleiben sie aus dem Landesparlament heraus.

Drittens: Wir suchen die Auseinandersetzung und nicht die Zusammenarbeit. Klar ist dabei: Wer wie die Linke raus aus der NATO will, die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien fordert und damit gegen die Europäische Union ist, ist eine Gefahr für den Standort NRW.

Schließlich: Diese Auseinandersetzung ist notwendig, führt allerdings zurzeit dazu, dass wir nicht über die eigentlichen Themen reden, vor allem nicht über die wirklich schlechte und unsoziale Politik der schwarz-gelben Landesregierung, sondern nur über Hessen und über die Linken. Das muss sich wieder ändern. Schließlich ist der Streit in der CDU/FDP-Koalition groß. Sie ist nervös, weil sie in NRW keine Mehrheit mehr hat.

Der Ministerpräsident „blinkt links und fährt rechts“. Wie kann die NRWSPD dieses Vorgehen entlarven?

Die Menschen merken jeden Tag mehr, dass CDU und FDP unser Land unsozial und arbeitnehmerfeindlich regieren: Schlechte Bildungspolitik, steigende Kindergartenbeiträge wegen der Kürzungen der Landesregierung, Studiengebühren, der Abbau von Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, um nur einige Themen zu nennen. Wir Sozialdemokraten setzen unseren Politikentwurf dem entgegen. Ich sage: Klare Kante gegen Sozialabbau und Ausgrenzung. Klare Kante gegen eine Politik des „Privat vor Staat“.

Mit welchen Themen werden wir den Wahlmarathon 2009/2010 bestehen?

Es geht darum, das Vertrauen der Menschen im Land zurück zu gewinnen. Die SPD steht für eine Politik, die es ernst meint mit guter, menschenwürdiger Arbeit und der besten Bildung für alle. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt sowie die Sicherung des sozialen Zusammenhaltes in NRW. Mit unserem Bildungsprogramm „Beste Bildung für alle“ haben wir bereits ein umfassendes Konzept vorgelegt, mit dem wir als klare Alternative erkennbar sind. Mit dieser Politik der Vernunft werden wir in 2009 und 2010 die Mehrheiten gewinnen. ■

GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE: STAAT ALS PARTNER ECKPFEILER FÜR GUTE POLITIK



Die NRWSPD setzt auf den Partner Staat. In der politischen Auseinandersetzung der nächsten Jahre wird dieses Modell offensiv gegen die falschen Ideologien „Privat vor Staat“ (Union und FDP) und „Staat statt privat“ (Linkspartei) gestellt. Das unterstreicht eine Erklärung, die zum Abschluss der „Gelsenkirchener Gespräche“ der NRWSPD im März verabschiedet wurde. „Es geht um Sicherheit und Teilhabe, um soziale Gerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Sie brauchen einen handlungsfähigen und effizienten Staat als ihren Partner“, heißt es in dem Positionspapier der NRWSPD.

Aus verschiedenen Blickwinkeln wurde bei der Veranstaltung die Rolle des Staates beleuchtet. Als externe Experten beteiligten sich an den Gesprächen Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen, die WDR-Intendantin Monika Piel, Eon-Vorstandsmitglied Christoph Dänzer-Vanotti und Michael Vassiliadis, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). So forderte zum Beispiel Dänzer-Vanotti „verlässliche Rahmenbedingungen“ der Politik für die Energiewirtschaft, Vassiliadis betonte die gegebenenfalls internationale „Regulierungsnotwendigkeit auch in Zeiten der Globalisierung“.

Ein anderes und nicht nur wirtschaftliches Leitbild für die Globalisierung wünschte sich Präses Buß („Wir als Kirchen sind seit langem schon Global Player“). WDR-Intendantin Piel räumte selbstkritisch eine allgemeine Tendenz zur „Skandalisierung“ in den Medien ein, die auch an den öffentlich-rechtlichen

Podiumsdiskussion mit Eon-Vorstandsmitglied Christoph Dänzer-Vanotti, Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen, Moderator Thomas Seim von der Rheinischen Post, WDR-Intendantin Monika Piel und Michael Vassiliadis, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). (v.l.n.r)



Jedes Jahr treffen sich der NRWSPD-Landesvorstand und die Abgeordneten aus Europa, Bund und Land zu den Gelsenkirchener Gesprächen.

Großes Interesse auch bei der Presse: Hannelore Kraft im Gespräch mit Journalisten



Rundfunkanstalten nicht spurlos vorbei gehe. Auf die Politikberichterstattung bezogen formulierte sie als Leitfrage „Was hat politisches Handeln mit dem Leben der Bürger zu tun?“

PFLEGEREFORM

In der Gelsenkirchener Erklärung wird deutlich, auf welchen Gebieten der Staat Verantwortung übernehmen muss: Ein wesentlicher Bestandteil einer Pflegereform auf Bundesebene sei die Einführung der Pflegestützpunkte, heißt es in dem Papier. Die NRWSPD begrüßt ausdrücklich, dass sich die SPD in der großen Koalition in Berlin dabei in zentralen Punkten durchgesetzt hat. Der demografische und soziale Wandel stellt Staat und Gesellschaft in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird in den nächsten Jahren deutlich ansteigen und der Anteil der Menschen, die im Alter alleine und ohne Angehörige leben, wird weiter zunehmen. 2005 lebten in NRW 458.433 pflegebedürftige Menschen. Bis zum Jahr 2040 wird ihre Zahl auf ca. 700.000 steigen, also gegenüber heute um rund 50 Prozent. Die Position der schwarz-gelben Landesregierung, sie werde keine Pflegestützpunkte in NRW einführen, ist die völlig falsche Antwort auf die Steuerungsnotwendigkeiten, die sich für Land und Kommunen aus dem wachsenden Bedarf ergeben – zumal die Anschubfinanzierung der Pflegestützpunkte durch die Pflegekassen gesichert ist.

STEUERGERECHTIGKEIT

Die Steuergerechtigkeit ist fester Bestandteil der sozialen Gerechtigkeit. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Steuerpflicht vom Bürger akzeptiert wird. Ohne Steuergerechtigkeit gibt es keine so-

ziale Gerechtigkeit. Auch deshalb müssen Steuerschlupflöcher konsequent geschlossen, so genannte Steueroasen trocken gelegt und mehr Steuerehrlichkeit auch mit konsequenterer Strafverfolgung erreicht werden. Das bestehende System von Kindergeld und steuerlichen Kinderfreibeträgen fördert Kinder ungleich und ist deshalb ungerecht. Das Bundesverfassungsgericht setzt einer Veränderung an dieser Stelle enge Grenzen. Deshalb muss der Staat andere Mittel bündeln, um auszugleichen und zu verbessern. Höhere Investitionen in Bildung und Betreuung, in Quantität und Qualität des Angebotes sind zwingend erforderlich.

STAATLICHE BEIHILFEN

Auch staatliche Beihilfen für die Wirtschaft bleiben für die NRWSPD notwendig. Gerade der „Fall Nokia“ hat aber gezeigt, wie wichtig es ist, im ständigen Strukturwandel einer global produzierenden und agierenden Wirtschaft die Rahmenbedingungen und Infrastruktur für Wachstum und Beschäftigung weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang bekennt sich die NRWSPD ausdrücklich zu regionalen Beihilfen und Subventionen, wenn sie die Strukturentwicklung fördern.

Nicht zuletzt sind für die NRWSPD aber starke Kommunen „das Fundament unseres Staates und der Demokratie.“ Vor Ort wird staatliches Handeln konkret spürbar. Ein partnerschaftlicher Staat muss seine Leistungsfähigkeit in der kommunalen Wirklichkeit beweisen.

Die Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb in NRW und die Programme von CDU und FDP zur Bundestagswahl 2005 zielten darauf ab, auf allen Ebenen – von den Kommunen bis hin zu Europa – „Privat vor Staat“ durchzusetzen. Parlamente und Regierungen, Politik ganz allgemein, sollten auf bloße Rahmenvorgaben beschränkt werden. Alles andere soll der Markt regeln, nicht nur in der Wirtschaft, sondern in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Staat soll Zug um Zug Zuständigkeiten und finanzielle Mittel verlieren und so seine Handlungsfähigkeit einbüßen.

Für die NRWSPD fest: Dieser Weg ist ein Irrweg. Nur die Starken können sich einen schwachen Staat, nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. ■

NRWSPD – Stark vor Ort:

SPD-ORTSVEREIN DORTMUND-LANSTROP AKTIVES ENGAGEMENT FÜR DEN ORTSTEIL

Klein, aber Oho! Willi Most ist als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Dortmund-Lanstrop zu Recht stolz auf das Engagement aller inzwischen 52 Mitglieder. Ende 2005 hatte der kleinste Dortmunder Ortsverein nur 38 Mitglieder. Die Genossen konzentrierten sich dann aber auf konkrete Projekte für alle 4800 Bürger in dem eher dörflichen Stadtteil der Ruhrgebietsstadt. Das machte sich in der Mitgliederentwicklung bemerkbar.

So wurde zum Beispiel in den vergangenen zwei Jahren ein kleiner Park in Ordnung gebracht, Bänke repariert und zusätzliche aufgestellt. Ein Wanderpfad wurde ebenfalls fertig gestellt. Er ermöglicht den Lanstropern, durch Naturschutz und Landschaftsschutzgebiete in die Dortmunder Ortsteile Grevel, Hostedde und Derne, aber auch ins benachbarte Lünten zu spazieren.

Nicht zuletzt durch den Einsatz des SPD-Ortsvereins wurde außerdem in den Räumen eines städtischen Kindergartens ein Familienzentrum eingerichtet. Von diesem Angebot profitieren nun alle Eltern und Familien in Lanstrop. Es ist nicht nur für Familien da, die ihre Kinder in diesen Kindergarten schicken.

Gemeinsam mit anderen Organisationen haben sich die Genossen auch für den Erhalt des Industriedenkmals „Lanstroper Ei“ eingesetzt. In der Zwischenzeit wurde der frühere Wasserturm von der Stadt gekauft. Die ersten Verschönerungsarbeiten im Umfeld sind durchgeführt. Weitere Instandhaltungsarbeiten sollen folgen.

Ein „Sorgenthema“ des SPD-Ortsvereins bleibt weiter der Zustand einer größeren Wohnungssiedlung aus den 50er Jahren mit häufig wechselnden Besitzverhältnissen außerhalb des dörflichen Orts-

kerns. „Der rote Klecks“, eine kleine „Zeitung für Lanstrop“ der SPD bringt es auf den Punkt: „In der Siedlung bestätigt sich das, was wir befürchtet haben: Die Spekulanten lassen die Gebäude und das Wohnumfeld langsam aber sicher verkommen.“ Die Lanstroper Genossen setzen sich deswegen dafür ein, dass die überwiegend kommunale Wohnungsbaugesellschaft „Dogewo“ den Wohnungsbestand übernimmt.

Das große Engagement des Ortsvereins trägt mittlerweile Früchte: Viele Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an den Aktionen und einige von ihnen wurden dann auch SPD-Mitglied.

So entschied sich zum Beispiel Dietmar Poth, Leiter der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr, bei der jüngsten Mitgliederversammlung spontan, Mitglied der SPD zu werden. ■



Peter Struck konnte bei der jüngsten Mitgliederversammlung der SPD-Lanstrop mit Dietmar Poth (links) das 52. Mitglied im kleinsten Dortmunder Ortsverein begrüßen.



Aktive Gruppe: Entscheidend für den Erfolg des Ortsvereins Lanstrop ist die gemeinsame, sehr freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit dort.



V.l.n.re., hinten:

Jochen Meyn, Schatzmeister Musikforum Wesseling e.V.,
Dietmar Nietan, Regionalvorsitzender SPD Mittelrhein,
Marion Bornheim, Schulleiterin Albert-Schweitzer-Schule, Wesseling,
Helga Kühn-Mengel MdB (Entgegennahme des Preises für die in Kur
befindliche Preisträgerin Irene Westphal),
Hans-Gerd Ervens, stellv. Bezirksbürgermeister Köln-Porz

SPD-REGION MITTELRHEIN VERLEIHT HEINZ-KÜHN-MEDAILLE

Köln/Region.- Gleich drei Preisträger erhielten am 4. März in Köln die nach dem ehemaligen NRW-Ministerpräsidenten benannte Heinz-Kühn-Medaille der SPD-Region Mittelrhein. Neben der ehemaligen Brühler Bürgermeisterin Irene Westphal und dem stellvertretenden Porzer Bezirksbürgermeister Hans-Gerd Ervens wurde der Wesselinger Verein „Musikforum e.V.“ ausgezeichnet.

„Die SPD verleiht die Heinz-Kühn-Medaille seit 1992 als Auszeichnung für Einzelpersonen und Gruppen, die sich besonders für das Miteinander von Deutschen und Ausländern einsetzen“, erläuterte der Vorsitzende der mittelrheinischen Sozialdemokraten, Dietmar Nietan, den zahlreichen Gästen zu Beginn der Festveranstaltung, die in der Jugendherberge in Köln-Deutz stattfand. „Die beispielhaften Initiativen der Preisträger sind zukunftsweisende Ermutigungen für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft und verdienen Lob und Anerkennung“, so Nietan wörtlich. Das Musikforum Wesseling e.V. hatte z.B. in monatelanger Vorbereitung in Zusammenarbeit mit der Wesselinger Albert-Schweitzer-Schule ein Musical-Projekt gestartet, das weit mehr als tausend Zuschauer begeisterte. „In einer Schule mit nahezu 80 % Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund ein toller Beitrag zum Miteinander“, lobte der mittelrheinische SPD-Chef. ■

FACHTAGUNG KOMMUNALPOLITIK WAR EIN VOLLER ERFOLG!

JUNIORSKG VERABSCHIEDET KOMMUNALPOLITISCHE THESEN

Vierzig junge KommunalpolitikerInnen kamen am Sonntag, den 2. März nach Gelsenkirchen, um gemeinsam die kommunalpolitische Ausrichtung von NRWSPD und NRWJusos zu diskutieren. Diskussionsgrundlage bildeten in den parallel stattfindenden Workshops die Schwerpunktthemen „öffentliche Daseinsvorsorge“ und „jugendgerechte Politik in den Kommunen“.

In ihren kommunalpolitischen Thesen sprechen sich die NRWJusos dafür aus, Kommunen wirtschaftlich zu stärken und sozial abzusichern. Unternehmen der Da-

seinsvorsorge (Energie, Wasser, Abfallwirtschaft) sollen z.B. rekommunalisiert werden. Durch den Ausbau und die Verbesserung des Ganztagsangebotes an den Schulen sollen Kommunen für gleiche Bildungschancen für alle Kinder sorgen. Jugendliche benötigten darüber hinaus Sport- und Freizeitstätten. Dieser Bereich dürfe nicht dem Spardiktat zum Opfer fallen. Es sei wünschenswert, dass den Jugendlichen Mitentscheidungsmöglichkeiten angeboten würden, um ihr eigenes Lebensumfeld aktiv mitgestalten zu können.

Weiter Informationen unter www.nrw-jusos.de ■



WAHLEN

AFB-LANDESKONFERENZ TAGTE IN KÖLN

Am 23. Februar 2008 hat in Köln die ordentliche AFB-Landeskonferenz stattgefunden.

Als Vorsitzende wiedergewählt wurde mit 89 % der Stimmen Marlies Stotz aus Soest. Als ihre Stellvertreter wurden Felizitas Reinert und Hermann Josef Hölscher bestätigt.

AFA-LANDESKONFERENZ TAGTE IN BOCHUM

Im Jahrhunderthaus der IG Metall in Bochum tagte am 23. Februar 2008 die Landeskonferenz der Afa – Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der NRWSPD.

Als Landesvorsitzender der Afa wurde Armin Jahl, UB Dortmund, mit großer Mehrheit bestätigt. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Willma-Cornelia Beverungen, UB Bochum, Erwin Duchna, UB Oberhausen, Bernd Fiedler, UB Minden-Lübbecke, und Wolfgang Lorenz, UB Mülheim gewählt.

ASJ-LANDESKONFERENZ TAGTE IN DÜSSELDORF

Auch die ASJ (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen) in NRW hat am 7. März 2008 einen neuen Vorstand gewählt. Markus Sondermann wurde mit 94 % als Vorsitzender bestätigt. Seine StellvertreterInnen sind Joachim Pentzlin, Karin Schimmels und Joachim Teubel.

NEUER VORSTAND DER REGION NIEDERRHEIN

Am 7. März 2008 hat die Region Niederrhein die stellvertretende Landesvorsitzende Britta Altenkamp als ihre Vorsitzende wiedergewählt. Die Delegierten würdigten mit 94,9 % Ja-Stimmen ihre Arbeit für die Region. Ihr neuer Stellvertreter wurde der Viersener Unterbezirksvorsitzende Udo Schiefner, er erhielt 89,6 % der abgegebenen Stimmen. ■

DIE NRWSPD GRATULIERT IM APRIL...

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 60 Jahre** Elly Griesser
Willi Lenz
Wilhelm Menkhoff
Kurt Niedertubbesing
Ruth Thybussek
Gerhard Wietzorke
- 55 Jahre** Harald Hamel
Hans Hess
Hans-Georg Pauen
Hans Richter
Edith Tetzner
Helga Zitzmann
- 50 Jahre** Erni Christa Bernhardt
Hildegard Fiedler
Arnold Jüngling
Reinhard Meis
Hans Schwarz
Klaus Seifert
Herbert Tillack
Werner Windhoevel

...ZUM GEBURTSTAG

- 102 Jahre** Else Piwodda
- 101 Jahre** Emma Kraemer
- 100 Jahre** Wilhelm Reincke
- 99 Jahre** Katharina Heil
Hedwig Zehnder
- 98 Jahre** Hanna Ditzler
Erich Meltzow
- 97 Jahre** Friedrich Brauner
Martha Nitsche
Martha Teufer
Betty Uhlenhake
- 96 Jahre** Otto Böhme
Hedwig Feldmeyer
Hedwig Heider
Hannes Nehammer
Albert Rump
- 95 Jahre** Elfriede Baumann
Frida Begemann-Bongartz
Else Biedermann
Josef Dankwart
Karoline Lachnitz
Emmi Schubert
Peter Wolf
Berta Zwingelberg